

Von: newsletter@swoe-kv.at

Betreff: Sondernewsletter 15. Februar 2018

Datum: Donnerstag, 15. Februar 2018 16:29:19

SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

SONDERNEWSLETTER

15. Februar 2018

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie mit diesem Sondernewsletter über die aktuellen Ereignisse rund um die SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen informieren.

Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#) – dort halten wir Sie aktuell auf dem Laufenden!

NEWS: ÖSTERREICH

SWÖ-KV-Verhandlungen: Fünfte Verhandlungsrunde ergebnislos beendet

Die fünfte Verhandlungsrunde der SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen für die mehr als 100.000 Beschäftigten im privaten und gemeinnützigen Sozial- und Gesundheitsbereich sind Dienstag nachts ohne Einigung beendet worden. Aus Sicht der Sozialwirtschaft Österreich war der Hauptgrund dafür eine überzogene Erwartungshaltung auf der AN-Seite, die neben einer überdurchschnittlichen Gehaltserhöhung sowohl eine Arbeitszeitverkürzung als auch eine außerordentliche Erhöhung der Gehälter von Pflege- und Sozialbetreuungskräften gefordert hat.

Am Ende des Verhandlungstages hat die Arbeitgeberseite eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 2,45%, eine Erhöhung für PflegeassistentInnen um insgesamt 3,45 % und für Diplomierte Pflegekräfte von durchschnittlich 4,35 % sowie eine Besserstellung von Teilzeitkräften durch eine Reduktion der zuschlagsfreien Stunden am Ende des jeweiligen Durchrechnungszeitraumes angeboten. Angesicht der bislang in Aussicht gestellten Kostensatzsteigerungen, die teilweise nicht einmal die Inflationsrate abdecken, bewegt sich dieses Angebot aus Arbeitgebersicht hart an der Grenze des Finanzierbaren.

Die ArbeitnehmerInnenseite forderte 2,75% Gehaltserhöhung, die Einführung der 35-Stunden-Woche in drei Etappen (ab 2020 jährliche Verkürzung um eine Stunde) sowie Zuschläge für DGKP (180 € pro Monat), PflegefachassistentInnen (120 €) sowie PflegeassistentInnen und SozialbetreuerInnen (70 €), jeweils in zwei Etappen (1.7.2018 und 1.1.2019). Dies würde zusammengerechnet Kostensteigerungen von mindestens 15 % bedeuten, die meisten Betriebe vor existenzielle Probleme stellen und damit tausende Arbeitsplätze und die soziale Versorgung in Österreich gefährden.

Ein neuer Verhandlungstermin wurde bislang nicht vereinbart. Beide Seiten betonten jedoch in der Zwischenzeit ihre grundsätzliche Bereitschaft für weitere Gespräche.

Heute und morgen Warnstreiks in zahlreichen Betrieben

Heute Donnerstag, 15.2. haben in zahlreichen Betrieben bzw. Betriebsteilen aus Anlass des vorläufigen Scheiterns der Verhandlungen mehrstündige Warnstreiks stattgefunden, für morgen sind weitere angekündigt. Von Gewerkschaftsseite wurde versichert, dass es keine gravierenden Einschränkungen für die betreuten Personen geben soll. Weitere Maßnahmen sind für Ende Februar angekündigt.

SWÖ-Kollektivvertrag gilt weiter

Durch den Nicht-Abschluss entsteht kein rechtsfreier Raum, da der SWÖ-Kollektivvertrag in der Fassung vom 1.2.2017 unverändert weiter gilt. Dies gilt auch für die Satzung des Kollektivvertrages. Für die MitarbeiterInnen entsteht der Nachteil, dass auch die Gehaltstabellen vorerst unverändert bestehen bleiben. Falls es im Februar doch noch zu einer Einigung kommen sollte, ist von einem rückwirkenden In-Kraft-Treten mit 1.2.2018 auszugehen, bei einer späteren Einigung könnte sich eventuell auch der Geltungsbeginn verschieben.

Pflegegehälter: Öffentlicher Dienst derzeit bevorzugt

In einem Punkt sind sich Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen im Gesundheits- und Sozialbereich einig: es besteht ein Ungleichgewicht bei der Bezahlung von Pflegekräften in Österreich. Erhebliche Unterschiede bestehen dabei sowohl zwischen einzelnen Bundesländern als auch zwischen öffentlichem und privatem Pflegebereich. Dies betrifft im Wesentlichen die diplomierten Pflegekräfte, bei den PflegeassistentInnen ist die Lage ausgeglichener. Zum Teil hat sich dies in den letzten Monaten durch neue Gehaltsschemata der öffentlichen Hand - die allerdings teilweise nur für Neueintritte gelten - verschärft. Aus diesem Grund hat die Sozialwirtschaft bei den Verhandlungen eine Aufzahlung für diplomierte Pflegekräfte angeboten. Eine weitergehende Regelung ist aber nur dann möglich, wenn die Spielräume seitens der öffentlichen Hand bei den Kostensätzen erweitert werden. Die Sozialwirtschaft fordert dabei -in Anlehnung an deutsche Entwicklungen- ein Bündnis und einen Aktionsplan für soziale Arbeit und Pflege.

Abschaffung von Pflegeregress erhöht Finanzierungsdruck im Sozialbereich

Die überfallsartige Abschaffung des Pflegeregresses ohne Einbindung der Stakeholder und fachlicher Diskussion im Zuge des letzten Nationalratswahlkampfes erhöht den Finanzierungsdruck im Pflegebereich. Statt der veranschlagten und budgetierten Kosten von 100 Mio. Euro ist jetzt seitens der Bundesländer und Gemeinden von 500 Millionen Euro und mehr die Rede. Zentrales Problem dabei ist, dass man bei der Folgekostenabschätzung ausschließlich den Status Quo der Regresseinnahmen berücksichtigt hat, nicht aber die Lenkungseffekte, die die getroffene Lösung mit sich bringt. So ist die Zahl der Selbstzahler deutlich zurückgegangen, gleichzeitig merkt man -zumindest regional- auch schon eine verstärkte Nachfrage nach Heimplätzen. Ein Problem stellt die Neuregelung nicht nur für Länder und Gemeinden, sondern auch für Heimträger dar, die durch den Wegfall von SelbstzahlerInnen mit niedrigeren Einnahmen konfrontiert sind. Die Finanzierung dieser Mindereinnahmen ist bislang ebenso wenig geregelt, wie die Finanzierung der Regressabschaffung an sich. Durch die Kosten dieser Maßnahme steigt auch der Druck auf die Sozialbudgets, was sich indirekt auch bei den KV-Verhandlungen bemerkbar macht. Die Sozialwirtschaft fordert die Bundesregierung und die Länder dringend auf, hier im Interesse aller Betroffenen eine Lösung zu suchen. Diese darf aber

weder zu Lasten der Anbieter und ihrer MitarbeiterInnen noch zu Lasten sozial benachteiligter Gruppen oder Betreuungsbedürftiger gehen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Marschitz
Geschäftsführer

Erich Fenninger
Vorstandsvorsitzender

KONTAKT

Haben Sie Anliegen, Wünsche oder Anregungen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung!

SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

Apollogasse 4/8, 1070 Wien

Tel.: +43 (1) 353 44 80

Fax: +43 (1) 353 44 80-9

E-Mail: www.office@swoe.at

Website: www.swoe.at

Wenn Sie den Newsletter abbestellen oder an eine andere Adresse zugeschickt haben möchten, senden Sie uns bitte ein E-Mail an newsletter@swoe-kv.at.